

„Wir sind Verhinderungs- weltmeister“

Hannes Androsch, ehemaliger Finanzminister und heute erfolgreicher Unternehmer (unter anderem AT&S, Österreichische Salinen, betandwin), sorgt sich wegen der nationalen Ausrichtung der Politik. Die Steuern seien gar nicht das echte Problem des Wirtschaftsstandortes Österreich – viel mehr fehlte es an vernünftigen Abschreibemöglichkeiten.

INTERVIEW HARALD HORNACEK d.haier@wirtschaftsverlag.at

FOTOS RICHARD TANZER

DIE WIRTSCHAFT:

Welche Stärken und Schwächen ordnen Sie als Unternehmer dem Wirtschaftsstandort Österreich zu?

HANNES ANDROSCH: Österreich war nach 1989 der größte Nutznießer der Ostöffnung und danach auch der EU-Erweiterung. Wir haben heute offene Märkte, und das ist wichtig für ein kleines Land wie das unsere.

Die Produktivität der österreichischen Wirtschaft kann sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen. Im EU-15-Schnitt beim Innovationsindex liegen wir hingegen weit hinten. Länder wie Finnland, Schweden oder Belgien sind hier viel besser als wir. Das liegt an mehreren Faktoren: Einerseits ist unser Bildungswesen nicht auf dem Höhepunkt der Zeit. Wir investieren zu wenig Geld in die Universitäten und damit auch in Forschung und Entwicklung. Die Technische Hochschule in Zürich hat ein fünfmal so hohes Budget wie die TU Wien! Immer mehr Entwicklungsaufträge werden daher nach Deutschland, etwa an das Fraunhofer-Institut oder die TU München, vergeben. Wir haben zu wenig moderne Infrastruktur, beispielsweise im Energiebereich. Die 380-kV-Leitung in der Steiermark und Salzburg ist nach wie vor nicht realisiert. In der Nord-Süd-Achse haben wir lediglich eine 240-kV-Leitung.

Auch die Verkehrswege lassen zu wünschen übrig: Kaum eine Linie der ÖBB wird zweigleisig geführt. Das Theater um den Semmering-Tunnel ist da nur der Gipfel. Wir haben ungenügende Verkehrsanbindungen und eine schwache Nord-Ost-Verbindung. Wenn ich denke, dass wir damals in fünf Jahren den Arlberg-Tunnel gebaut haben und 27 Jahre danach die Zufahrten immer noch nicht fertig sind, so ist das nur ein Beispiel, das Österreich als ‚Verhinderungs-weltmeister‘ kennzeichnet.

Des Weiteren leidet Österreich an einer Überregulierung. Wir haben beispielsweise bei den Loser Bergbahnen eine Lifthanlage erneuert, die durch die nachjustierten Um-

weltauflagen um zehn Prozent teurer wurde als veranschlagt. Wir leisten uns teure Ökostromanlagen, bauen aber die Wasserenergie nicht aus. Das alles hat dazu geführt, dass wir in den letzten fünf Jahren die wachstumsschwächste Periode seit 1950 hatten.

So mancher Politiker sagt dann gerne: Immerhin geht es uns besser als den Deutschen...

Wir sollten uns zu keinem falschen Triumphalismus hinreißen lassen. Für selbstgefälliges, unangebrachtes Eigenlob ist kein Anlass. Wir hatten die Ostöffnung, Deutschland hatte die Wiedervereinigung. Das sind andere Voraussetzungen. Wir sollten stattdessen lieber unsere Hausaufgaben erledigen. Unser Föderalismus ist eindeutig überzogen. Alles ist neun Mal vorhanden. Ein kleines Beispiel: Wer früher ein Segelschiff anmelden wollte, konnte dies bei einem Ministerialrat in Wien erledigen. Heute gibt es dafür in jedem Bundesland einen Hofrat mit Sekretärin, und der Ministerialrat übt die Funktion der Oberbehörde aus. Die Dichte der Landesbürokratie ist enorm – das kommt daher, weil dort der ÖAAB und damit die ÖVP ihre Machtpositionen immer weiter ausbauen.

Stichwort Steuerpolitik: Welche Wünsche haben Sie als Unternehmer an die Regierung?

Der Wegfall der Gewerbe- und Vermögenssteuer sowie der unbegrenzte Verlustvortrag haben mehr bewirkt als die viel zitierte Senkung der Körperschaftsteuer. Aber ich denke, die Steuern sind gar nicht das Hauptproblem: Die Abschreibemöglichkeiten sind zu schwach ausgeprägt, hier sind kürzere oder degressive Abschreibemöglichkeiten überlegenswert. Es geht um die Begünstigung der Abschreibung der Investition, also dass jene etwas davon haben, die auch wirklich investieren. Diese Probleme betreffen jedoch nicht nur Österreich: Europa hat keine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die nationalstaatlichen Einflüsse sind noch zu groß. Die EU hat eine Nachfragerücklage und eine hohe Sparquote. Auf EU-Ebene hat man sich eigentlich nur Gedanken um den

Stabilitätspakt gemacht, der ohnedies schon obsolet ist. Es ist also ein Versagen der nationalen Regierungen.

Wieso bleibt Hannes Androsch eigentlich dem Wirtschaftsstandort Österreich treu?

Österreich hat kreative, innovative, flexible und fleißige Mitarbeiter. Wir sind dem Land gegenüber verpflichtet, aber auch unseren Mitarbeitern. Aber: Gute Jahresergebnisse sind bei AT&S nur noch über Asien zu erzielen, nicht in Österreich. Es wird immer schwieriger, in Österreich Geld zu verdienen und die Löhne zu erwirtschaften, aber das ist eben die Aufgabe eines Unternehmens. Klar ist jedoch auch, dass Verluste der größte Feind der Arbeitsplätze sind. Ich denke, dass unsere Sozialpartner vernünftiger sind als beispielsweise jene in Deutschland, Italien oder Frankreich. Es könnte immer besser sein, aber das System funktioniert. Eines muss aber auch jedem bewusst sein: Keine Zuwächse heißt keine Möglichkeit zur Lohnerhöhung, denn dann geht es an die Substanz des Unternehmens. Die österreichischen Betriebsräte haben hierfür viel Verständnis, auch die Gewerkschaften wissen dies.

Die „Kronen-Zeitung“, stets am Puls der Bevölkerung, meinte unlängst sinngemäß, wir müssten uns daran gewöhnen, dass die Zeit des großen Wirtschaftswachstums eben vorbei sei. Wie sehen Sie das?

Wir stehen an der Schwelle von einer rohstoff- und energiegesteuerten Wirtschaft hin zu einer wissensenergetischen Wirtschaft. Ohne Wachstum können wir den Wohlfahrtsstaat und die Löhne nicht sicherstellen, vor allem nicht unter dem Aspekt einer alternden Gesellschaft. Daher müssen wir modernisieren und dürfen uns nicht einbunkern, weil Stillstand Rückschritt bedeutet. Der Schutz überholter Arbeitsplätze verbaut die Schaffung von Zukunftsarbeitsplätzen.

Ihre Meinung zur Diskussion um Managergehälter und Heuschrecken-Investoren?

Es gibt betrügerische Unternehmer und obszöne Managerbedienungssysteme. Manchmal herrscht mehr Manager- und weniger Shareholder-Value. Die Kritik ist also berechtigt, aber aus dem Wahlkampf heraus eine kurzfristige Pauschalkritik anzubringen halte ich nicht für sinnvoll. Da würde man das Kind mit dem Bade ausschütten. Es gab Anlässe, die aber qualifiziert und im einzelnen zu beurteilen sind. Überzogene Kritik ist sicher nicht die Lösung.

Gibt es für den Sozialdemokraten Hannes Androsch Obergrenzen beim Verdienst eines Managers?

Die beschlussfassenden Organe müssen entscheiden, ob die Höhe eines Manager-

gehältes durch die erbrachte Leistung berechtigt ist. An sich ist nichts gegen hohe Managergehälter einzuwenden. Aber es ist auch illegitim, die Mitarbeiter nur als Kostenfaktor zu betrachten. Man muss wissen, sie sind der Erfolgsfaktor. Es gibt wohl auch Grenzen nach oben hin, wobei ich das in absoluten Zahlen nicht angeben möchte. Ich sage es lieber so: Das Teuerste ist die Mittelmäßigkeit: Diese kostet auch viel Geld und bringt nichts.

Wir haben heute sehr viele Unternehmen mit 100 bis 500 Mitarbeitern, die öffentlich nicht bekannt und dennoch sehr erfolgreich sind. Das Sozialprodukt pro Kopf in Österreich ist sehr hoch, und das muss ja irgendwoher kommen – von den 20 Firmen im ATX kommt das nicht! Es gibt also keinen Grund, Österreich schlecht zu reden – aber eben auch keinen, in Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit zu verfallen.

Stichwort Unternehmensfinanzierung: Rechnen Sie mit einer stärkeren Akzeptanz der Wiener Börse?

Die österreichische Betriebsgrößenstruktur hat Vorteile, weil die Firmen flexibel und innovativ sind. Wir haben ein Finanzvermögen von rund 340 Milliarden Euro im Land, das ist das eineinhalbfache BIP. Im Jahr 2004 sind da sogar noch 14 Milliarden Euro dazu gekommen. Die Realinvestitionen sind jedoch ungenügend. Es gibt zu viele Fonds und zu wenig Direktinvestitionen. Es wäre wünschenswert, dass der Finanzmarkt so verbreitet wird, dass das Geld in Österreich bleibt. Also: Mehr direkte Investments in Energie, Infrastruktur, nicht zuletzt auch in kleinere Unternehmen über die Wiener Börse.

Muss sich die österreichische Wirtschaft vor China und Indien fürchten?

Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben! Dass man exportiert und sich zugleich fürchtet, ist naiv. Es geht um faire Spielregeln. Die Löhne sind da nur ein Teil davon und nicht der wichtigste, weil die Produktivität entscheidet. Außerdem ziehen dort die Einkommen atemberaubend schnell nach – und das ist gut so, denn wir wollen ja nicht, dass unsere Einkommen hierzulande sinken.

In Deutschland kommt Sehnsucht nach der Mark auf, Italien denkt laut über die Wiedereinführung der Lira nach – was halten Sie von solchen Gedanken?

Die Diskussionen um den Euro sind nicht ernst zunehmen. Deutschland ist kollektiv depressiv, das ist ein psychologisches Problem. Der Euro ist eine große Errungenschaft, die nicht in Frage zu stellen ist. Zum Thema Italien nur soviel: Der Zerfall der Donaumonarchie, die eine Wirtschaftseinheit war, hat den einzelnen Ländern kaum etwas gebracht. Ganz im Gegenteil, wer den Euro in

Frage stellt, sollte sich mit diesem Aspekt der Geschichte auseinandersetzen.

Warum ist die EU-Skepsis so ausgeprägt? An Diskussionen um Spesenabrechnungen der EU-Parlamentarier allein liegt es doch wohl nicht?

Dass die EU nicht im Herzen der Menschen verankert ist, liegt an den nationalen Politikern. Die reden sich bei negativen Entwicklungen auf die EU aus, und die Referenden in den Niederlanden und Frankreich waren auch keine Bestrafung der EU, sondern der nationalen Regierungen. Sicherlich war das Ergebnis ein schwerer Rückschlag für die EU. Die Frage ist: Wollen wir eine politische Union oder nur eine EU-Freihandelszone? Die Briten tendieren zur zweiten Lösung, für uns sollte die erste entscheidend sein – schon allein aus Sicherheitsgründen.

Geht die EU-Erweiterung zu schnell? Kann die EU die Aufnahme neuer Länder in den nächsten Jahren verkraften?

Die EU-Erweiterung ist nicht zu schnell gegangen. Die Länder, die derzeit bremsen, sind die alten Mitglieder, nicht die neuen! 60 Jahre Frieden sind für viele Menschen in Europa schon zur Selbstverständlichkeit geworden – dass das nicht notwendigerweise so bleiben muss, lehrt uns der nahe Balkan. Daher ist die EU als Friedensprojekt für jeden Einzelnen von uns ungemein wichtig.